



## Demokratisierung der Rohstoffpolitik

Der globale Ressourcenverbrauch steigt und steigt. Ganze Berge werden abgetragen und der Abraum anderenorts aufgeschüttet, Wälder abgeholzt. Es werden Flüsse umgeleitet, komplette Landstriche trocken gelegt, andere geflutet. Der Bergbau hinterlässt tiefe Narben in den Abbauregionen, drängt in immer entlegene Gebiete und Ökosysteme vor. Um so gut wie alle Rohstoffe ranken sich neben dem Verlust von Lebensräumen und Biodiversität weitere Konflikte (vgl. PowerShift Rohstoffsteckbriefe 2012): Vertreibungen, hoher Wasserverbrauch, Einsatz von Giftstoffen

## Geschlossene Gesellschaft

Im März 2005 fand der erste Rohstoffkongress des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) in Berlin statt. Angesichts der steigenden Preise und wachsenden Konkurrenz um die Rohstoffvorkommen der Welt forderten die IndustrievertreterInnen mehr staatliche Rohstoffpolitik. Ihr Rufen wurde erhört: Zwei Jahre später stellte die deutsche Bundesregierung die *Elemente einer Rohstoffstrategie* gemeinsam mit dem BDI vor. In die Ausgestaltung der Rohstoffpolitik werden die Wirtschaftsverbände weiterhin intensiv einbezogen. Sie haben u.a. eine ständige Vertretung im *Interministeriellen Ausschuss (IMA) Rohstoffe*, in dem sich unter Federführung des *Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie* (BMWi) ansonsten nur VertreterInnen aus verschiedenen Ministerien austauschen. Zivilgesellschaftliche Gruppen werden nicht aktiv in die Ausgestaltung der Rohstoffpoli-

## Limitierter Blick

Durch die selektive Auswahl der Stakeholder verschwimmen die Grenzen zwischen politischer Entscheidungsfindung und wirtschaftlichem Lobbyismus. Interessenkonflikte werden ausgeblendet. „*Ich glaube nicht, dass es zwischen dem Interesse der Bundesregierung und der Industrie bei der Rohstoffversorgung einerseits und den entwicklungspolitischen Interessen, unseren Interessen in diesen Ländern, aber auch den Ansprüchen der Länder selber, einen Widerspruch geben muss,*“ erklärt Olivier Wieck, der Leiter Abteilung Außenwirtschaftspolitik im BDI auf einer öffentlichen Anhörung des Bundestags 2011 (<http://bit.ly/1f1OdpH>). Da die Kohärenz der Rohstoffpolitik dadurch erreicht wird, dass sich alle anderen Politikbereiche am Leitbild Rohstoffsicherheit für die deutsche Industrie ausrichten müssen, gibt es für den BDI auch keine konkurrierenden Interessen. Deutschland könnte durchaus Partnerländer dabei unterstützen, Bergbau- und Umweltgesetze zu verbessern und Konzerne in die Pflicht zu

und andere Umweltbelastungen, soziale Verwerfungen oder Menschenrechtsverletzungen. Wenn von „kritischen Rohstoffen“ gesprochen wird, bezieht sich dies jedoch nicht auf die Auswirkungen der Rohstoffförderung oder den massiven Ressourcen hunger der industrialisierten Gesellschaften. „Kritisch“ wird die Versorgungssicherheit für die heimischen Unternehmen gesehen. Die Industrie bestimmt den Diskurs: Rohstoffsicherheit wird zum einseitigen Leitbild.

tik eingebunden. Im Oktober 2010 verabschiedete das Bundeskabinett die *Rohstoffstrategie der Bundesregierung* und präsentierte sie auf dem dritten BDI-Rohstoffkongress.

So entstand eine Rohstoffpolitik, die im Kern darauf ausgelegt ist, die deutschen Unternehmen dabei zu unterstützen, ihre Rohstoffbezugsquellen auszuweiten, z.B. über staatliche Kredite und Investitionsgarantien, geologische Vorerkundungen oder eine verbesserte Datenbereitstellung. Zur gebündelten Beratung und Unterstützung der Wirtschaft wurde zudem die Deutsche Rohstoffagentur (DERA) gegründet. Diese beschäftigt sich u.a. mit dem Aufbau sogenannter bilateraler Rohstoffpartnerschaften, welche den Rahmen für konkrete Projektentwicklungen der Unternehmen abstecken (vgl. Steckbrief „Alternative Rohstoffpartnerschaften“ 2013).

nehmen. Doch dazu müsste die Bundesregierung ihre Kommunikation über den Tellerrand der Industrieverbände hinaus für zivilgesellschaftliche Organisationen öffnen, so Heidi Feldt in ihrer Bestandsaufnahme der deutschen Rohstoffstrategie. Doch die Entwicklungszusammenarbeit dient mittlerweile offen der Flankierung der deutschen Rohstoffinteressen.

Die Instrumente der Außenwirtschaftsförderung wurden bereits 2009 reformiert. Bedingungen zur stärkeren Beachtung von Menschenrechten, Sozial- und Umweltstandards wurden dabei nicht berücksichtigt (vgl. Steckbrief Sorgfalts- und Transparenzpflichten 2013). Dabei wäre insbesondere wichtig, die Betroffenen und zivilgesellschaftliche Organisationen aus den rohstoffreichen Ländern einzubinden – nicht allein bei der Umsetzung von einzelnen Projekten vor Ort, sondern auch in der Formulierung der Rohstoffpolitik und den daraus resultierenden Fördermaßnahmen.



Am 1. Januar 2013 legte das BMWi beispielsweise das Explorationsförderprogramm auf. Darüber können Unternehmen mit Sitz in Deutschland bedingt rückzahlbare Darlehen für Förderprojekte im In- und Ausland beantragen. Ein Instrument, das wie geschaffen für die Rohstoffallianz zu sein scheint (s.u.). Die deutschen Unternehmen wünschen sich darüber hinaus die weitere Öffnung der Märkte für Investitionen und die Beseitigung von (nicht-)tarifären Handelshemmnissen. Für diese Agenda macht sich Deutschland in der Handels- und Investitionspolitik der EU stark.

Um die ausgehandelten Freiräume besetzen zu können, haben sich zwölf deutsche Konzerne zusammengeschlossen und im Januar 2012 die RA Rohstoffallianz GmbH gegründet. Gesellschafter sind momentan Aurubis, Bayer, BASF, BMW, Bosch, Evonik Industries, Georgsmarienhütte Holding, Rockwood Lithium, Stahl-Holding-Saar,

ThyssenKrupp, VW und Wacker Chemie. Dazu kommen mit Brose, Daimler, Scholz und Südzucker vier assoziierte Partner. Ziel ist (<http://bit.ly/173HTgy>): „Die Sicherung der Versorgung der Gesellschafter mit kritischen Rohstoffen unter enger Einbindung der Rohstoffpolitik der Bundesrepublik Deutschland [...]“. Erfreulich, dass die Bundesrepublik eng eingebunden werden soll. Doch die Vorstellungen des Vorsitzenden Dr. Dierk Paskert gehen weiter: „Wir brauchen eine strategisch ausgerichtete Außenwirtschafts- und Sicherheitspolitik.“ Denn, so erklärt er im Februar 2013 gegenüber dem Handelsblatt (<http://bit.ly/14iBNs0>): „Die Präsenz des US-Militärs am Persischen Golf oder der massive Ausbau der Chinesischen Seestreitkräfte dient eben auch dem Schutz dieser Interessen.“

## Rohstoffpolitik demokratisieren

Obwohl die Rohstoffstrategie und daran anknüpfende Maßnahmen weitreichende Bedeutung für das politische Handeln der Bundesrepublik Deutschland im In- und Ausland haben, gab und gibt es keine nennenswerte demokratische und zivilgesellschaftliche Partizipation. Weder Parlamente noch die Zivilgesellschaft sind an der konzeptionellen Ausarbeitung oder den laufenden Maßnahmen beteiligt worden. Demokratische Spielräume müssen in Deutschland und in den rohstoffreichen Ländern zurückgewonnen werden. Rohstoffpolitik sollte alle betroffenen oder interessierten gesellschaftlichen Akteure – aus Parlamenten, Gewerkschaften, Entwicklungs-, Umwelt- und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen, Wissenschaft, Kirchen sowie VerbraucherInnen sowohl in Deutschland als auch in den Abbauländern – einbinden.

Daher muss eine neue deutsche Rohstoffstrategie

auf Basis von Konsultationen erarbeitet werden, an denen sich die genannten Akteure gleichberechtigt mit VertreterInnen der Wirtschaft beteiligen können. Die deutsche Industrie darf weder institutionell noch inoffiziell einen privilegierten Zugang zu politischen Entscheidungen erhalten. Darüber hinaus braucht es eine größere Transparenz über den Einfluss von Lobbyismus in der Politik sowie die Verflechtungen von Politik und Wirtschaft. Welche PolitikerInnen vertreten nicht nur die Interessen ihrer WählerInnen, sondern beraten Unternehmen oder sind in Aufsichtsräten vertreten? Statt einer Auskungelei der Rohstoffpolitik müssen transparente Strukturen zur dauerhaften Einbindung der Parlamente und Zivilgesellschaft geschaffen werden, die auch die Betroffenen der deutschen Rohstoffpolitik aus dem globalen Süden zu Wort kommen lassen und ihre Interessen in den Blick nehmen.

## Literatur:

Heidi Feldt (2012): **Die deutsche Rohstoffstrategie – Eine Bestandsaufnahme**, Hg.: Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin: <http://bit.ly/17JzME1>

AK Rohstoffe (2013): **Für eine demokratische und global gerechte Rohstoffpolitik** – Handlungsempfehlungen deutscher Nichtregierungsorganisationen, Hg.: AfricAvenir, Carpus, CIR u.a., o.O.: <http://bit.ly/1dUDgd8>

## Herausgeber:



AFRICA VENIR

urgewald



PowerShift

informationsstelle dperu e.v.



Arbeitsgruppe Tschad / Groupe Tchad  
Menschenrechte – extractive Ressourcen – Friedensarbeit  
Droits de l'homme – Ressources extractives – Promotion de la Paix

FCSL

## Impressum

Berlin, 2013  
Autorin: Nicola Jaeger  
Layout: Marcel Zienert

Redaktion/Kontakt:  
Peter Fuchs

Peter.Fuchs@power-shift.de  
<http://power-shift.de>

Mit freundlicher  
Unterstützung von:

